

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 9

Artikel: Modifizierte Landesverteidigung : die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes (8)
Autor: Platten, Fritz Nicolaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092974>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fritz Nicolaus Platten

Die Schweizer Kommunisten und die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes (8)

Modifizierte Landesverteidigung

In seiner Serie befasst sich der Autor mit der seinerzeitigen Reaktion der Schweizer Kommunisten auf den Hitler-Stalin-Pakt.

Am 28. 10. 1939 erhielt die «Zentralstelle für soziale Literatur» in Zürich, eine Bibliothek am Predigerplatz, in der schon Lenin während seines Zürcher Exils 1916/17 fleissig geforscht hatte, folgenden Brief: «In der Beilage übermitteln wir Ihnen 1 Exemplar einer Wahlbroschüre der KPS, die am 24. 10. auf Befehl des Stadtkommandos Basel und des Armeestabes beschlagnahmt wurde. Wir nehmen an, dass diese Broschüre für Ihr Archiv von Wert ist.» Absender war die Redaktion der «Freiheit» in Basel.

Eine Broschüre von damals

Heute ist diese 64seitige Broschüre eine wahre Fundgrube des Selbstverständnisses der Kommunistischen Partei der Schweiz, wie sie sich im Oktober 1939 dem Schweizer Volk gegenüber präsentieren wollte, um ihre beiden Nationalratssitze zu halten oder wenn möglich zu mehren.

Das Stadtkommando Basel hatte damals nicht nur 3500 Broschüren beschlagnahmt und per Polizeiauto abtransportiert, sondern zudem in Bern beantragt, die Broschüre sei in der ganzen Schweiz zu verbieten. Aber der Schlag kam reichlich spät, denn allein in Zürich waren bereits zirka 10 000 Exemplare verteilt worden.

Juristisch war diese Beschlagnahme notdürftig abgedeckt durch einen Befehl von General Guisan betreffend die Durchführung der Nationalratswahlen vom 28./29. Oktober, der für alle Parteien einengende Bestimmungen zur Zulassung von Wahlpropaganda innerhalb der Armee erlassen hatte. Darin hiess es einleitend, die Armee werde sich ausserhalb der Politik halten, weshalb es Militärspersonen verboten sei, politisches Propagandamaterial zu verteilen, in Uniform im Urlaub das Wort an Wahlversammlungen zu ergreifen, politische Propaganda in den Kantonementen, Lesezimmer und Soldatenstuben zu betreiben; aber eine beschränkte Propaganda war den Parteien doch erlaubt, indem den amtlichen Wahlzetteln die offiziellen Wahlaufufe der an den Nationalratswahlen beteiligten Parteien beigelegt werden durften. Diese waren jedoch in der Form eines Flugblattappels abgefasst worden, während die KPS den Wahlkampf

mit einer 64seitigen Broschüre führte, was in diesem Umfange in ihrer ganzen Geschichte seit 1921 noch nie der Fall gewesen war.

Da die «Freiheit» wegen eines Artikels von J. A. (Julius Alpari) bereits am 10. Oktober erstmals seit Kriegsausbruch beschlagnahmt worden war, hing ein Verbot wie ein Damoklesschwert ständig über ihr, so dass diese Broschüre wie ein politisches Testament wirkte.

«Prüft und urteilt – Was war und was kommen wird» lautete ihr werbewirksamer Titel; kritisch betrachtet, hätte man ihr auch den Untertitel «Landesverteidigung jein» hinzufügen können. Man bekannte sich zunächst formell zur Landesverteidigung: «Angesichts der faschistischen Aggression und der unmittelbaren Kriegsgefahr ist die KP der Auffassung, dass die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende tun muss, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden und um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen zu sichern. Sie erklärt von neuem ihren Willen, die Unabhängigkeit des Landes und seine Volksfreiheiten zu verteidigen. Deshalb billigt sie die Mobilisationsmassnahmen des Bundesrates zur Verteidigung unserer Grenzen und die Beschlüsse zur Verhinderung und Unterdrückung der Spekulation und der Hamsterrei von Lebensmitteln.»

Verteidigung: vom Ja . . .

Anlässlich der ausserordentlichen Sitzung der Bundesversammlung zur Wahl des Generals vom 29. August 1939 erklärte die «Freiheit» feierlich: «Wenn der Krieg nicht verhindert werden kann, wenn der Hitlerfaschismus der Welt diese Ungeheuerlichkeit aufzwingt, so gilt es mit dem Einsatz des Letzten die Demokratie und die Freiheit zu verteidigen! Die Kommunisten und mit ihnen alle klassenbewussten Arbeiter werden an vorderster Front stehen! Wir waren nie von dem schädlichen Fatalismus befangen, der da sagt, die Schweiz könne sich nicht verteidigen. Doch wir können, wollen und werden uns verteidigen gegen eine eventuelle faschistische Aggression, von der uns allein Gefahr droht!»

Im nachhinein hat die kommunistische Geschichtsschreibung behauptet, die Kommunisten hätten gegen die Erteilung von ausserordentlichen Vollmachten an den

Bundesrat gestimmt, in Wirklichkeit war dies nicht der Fall, denn Humbert-Droz und Bodenmann enthielten sich nur der Stimme und erklärten: «Die Verweigerung der Zustimmung kann aber, was nochmals unterstrichen sei, niemals den Sinn haben, dass nicht alle Massnahmen und Entscheide begrüsst werden, die schon getroffen und noch zu treffen sind, um die Grenzen zu sichern und die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen. Alle militärischen Massnahmen, die geeignet sind, unsere Unabhängigkeit zu garantieren, sind selbstverständlich.» Léon Nicole ging deswegen sogar so weit, für die Gewährung von Vollmachten zu stimmen.

In der Wahlbroschüre wurde diese positive Haltung zur Landesverteidigung fortgesetzt. Es wurden folgende sofortigen militärischen Massnahmen gefordert: «a) Beschleunigung der Befestigungs- und Verteidigungseinrichtungen an der Nord-, Ost- und Südgrenze. Die Verteidigung muss so ausgebaut werden, dass die Möglichkeit besteht, den Versuch des Einmarsches schon an der Grenze zurückzuschlagen, und der Gedanke restlos aufgegeben wird, erst in bestimmten Gebieten des Hinterlandes, bei günstigem Gelände, die erste Verteidigungslinie aufzuziehen. b) Verstärkung der Grenzschutztruppen und Vervollständigung ihrer Ausrüstung. c) Beschaffung einer grossen Zahl von Jagdflugzeugen zur Abwehr von Bombardierungsversuchen. d) Sicherstellung der erforderlichen Flak-Geschütze und Scheinwerfer auch in allen Städten und Industriezentren.» Zu diesen Forderungen hatte Humbert-Droz im Nationalrat erklärt: «Die Kommunistische Partei der Schweiz hat die Grösse der Angriffsfähigkeit der faschistischen Nachbarstaaten gegen die Schweiz erkannt und erachtet eine Besserung der militärischen Verteidigung des Landes als notwendig.»

Lobend wurde in der Broschüre beim kommunistischen Kandidaten des Kantons Basel-Land, Hans Jeger, hervorgehoben, er habe in Pratteln den passiven Luftschutz organisiert. Als einzig mögliche Angreiferstaaten gegen die Schweiz wurden nur Deutschland und Italien angesehen, so dass man die Westgrenze gegen Frankreich nicht durch den Bau von Befestigungsanlagen, im Stile einer Maginotlinie oder einer Siegfriedlinie, ausbauen und vertiefen müsse. Der Hinweis auf Hitler-Deutschland und auf Mussolini-Italien als einzig denkbaren

Aggressoren gegen die Schweiz wurde noch dadurch unterstrichen, dass man sich intensiv für die Freilassung der verurteilten Spanienkämpfer mit dem Argument einsetzte: «... dass Soldaten, die die italienischen Tanks, die deutschen Flugzeuge kennen, die zwei Jahre im Kampfe gestanden haben, einen grossen Wert für unsere Landesverteidigung haben.»

Dies ging den Frontisten, den schweizerischen Anbetern von Hitler und Mussolini, schon lange stark auf die Nerven. Für sie waren die Kommunisten immer noch vaterlose Gesellen.

Bereits am 18. 8. 1939 hatte sich «Die Front» mit der marxistischen Lehre, dass der Arbeiter kein Vaterland habe, auseinandergesetzt. Dies sei eine falsche und verräterische Parole gewesen, denn sie habe den Arbeiter um seine Würde und Ehre gebracht, indem er dadurch auch zu einem geistigen Proletarier geworden sei. Jetzt aber würden Sozialisten und Kommunisten sich als Patrioten gebärden: «Aus Marxisten sind über Nacht Patrioten geworden. Merkwürdige Patrioten freilich, denn fragt man sie, wie denn ihr Vaterland heisse, dann sagen sie nicht: Frankreich, Belgien oder die Schweiz, sondern sie sagen: die Demokratie! Und fragte man sie, was denn die Demokratie sei, dann wissen sie es nicht oder höchstens, dass alles das demokratisch sei, was gegen Hitler ist. Eine einfache und herrliche Formel, die es den Klassenkämpfern von gestern gestattet, heute die treuesten Verbündeten der internationalen Hochfinanz, des Judentums und der Freimaurerei zu sein und mit ihnen Patriotismus zu spielen.»

Bissig hiess es weiter, der Bankrott des Marxismus sei gerade dort am stärksten gewesen, wo er einst seine Hochburgen gehabt habe: «In Ungarn, Italien, Deutschland oder Spanien und in Russland, wo man die alten Bolschewiki gleich durch Genickschüsse erledigte, statt sich mit ihrer politischen Ausschaltung zu begnügen.» Dann kam der Vorwurf, die marxistischen Parteien seien heute samt und sonders Kriegsparteien geworden, und dem einzigen Ziel, Vernichtung der faschistischen Staaten, werde alles geopfert. Schliesslich wurde am Ende dieses Artikels den Marxisten vorgeworfen, sie meinten es nicht ehrlich mit ihrem Patriotismus: «Wer die rote Fahne so leicht verlässt, dem wird es nicht schwerfallen, auch die Landesfahne (wieder) zu verlassen.»

Den Frontisten war ganz besonders das patriotische Gebärde der Kommunisten auf die Nerven gegangen, die von den Zürcher Wehrvorführungen anlässlich der Landesausstellung 1939 auf der Allmend dermassen begeistert waren, dass sie darüber unter der Schlagzeile: «Mag kommen was will, das Volk hat bekundet: Bei uns wird scharf geschossen» berichteten. Die «Freiheit» schrieb in ihrer Reportage: «Erfüllt vom Stolz auf unsere Armee, durchdrungen von demokratischem Geist, keinen Moment im

Zweifel, welche Mächte des Krieges uns zum Ausbau der Landesverteidigung zwingen, so haben an diesen beiden Tagen zusammen etwa die Hälfte der Bevölkerung der Stadt Zürich den Wehrvorführungen beigewohnt. Dieser Geist muss zur Richtschnur der gesamten Aussen- und Innenpolitik werden.»

... zum Jein

Aber nicht einmal der frontistische Marxismuskritiker dürfte im August 1939 geahnt haben, wie rasch die schweizerischen Kommunisten, unter der ideologischen Fuchtel der Komintern, wieder zur Propagierung der bevorstehenden Weltrevolution zurückkehren würden, um wieder zur roten Fahne zurückzukehren, das Banner des weissen Kreuzes im roten Felde wieder unangefochten der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern überlassend. Natürlich wurde dieser Wandel nicht brüsk vollzogen, denn das kommunistische Fussvolk war nicht darauf vorbereitet, infolge des Freundschaftspaktes zwischen Hitler und Stalin die ständigen ideologischen Bocksprünge kritiklos wie Schafe nachzuvollziehen. Aber so wie Otto Brunner viel Geduld und Arbeit darauf verwendet hatte, aus traditionsgebundenen Antimilitaristen glühende Landesverteidiger zu machen, mussten auch Humbert-Droz und Bodenmann eine unendliche Geduld und alle ihre dialektischen Überredungskünste aufwenden, um aus frischgebackenen Landesverteidigern wieder, in einer wahrhaftig nicht revolutionären Epoche, überzeugte Weltrevolutionäre zu machen.

Es war eine vorsichtige Politik im Sinne von «sag es durch die Blume». So wurde in der Wahlkampfbroschüre völlig unmotiviert den Lesern Marino Bodenmann als bewährter Antimilitarist des Ersten Weltkrieges präsentiert, der schon im Jahre 1916 eine leninistische Stellung zur Landesverteidigung eingenommen habe, sie also konsequent bekämpft hatte. Jules Humbert-Droz seinerseits wurde gelobt, dass er 1916 den Militärdienst verweigert hatte. Dass dies zwar in Lenins Augen reinstes Tolstoianertum war, wurde gnädig übergangen, da er sich immerhin während des Generalstreiks bolschewistisch verhalten hatte.

Besonders unsinnig, nach der vorangegangenen Winkelried-Position, waren auch die betonten Hinweise darauf, dass die kommunistischen Nationalräte im Juni 1936 die Eidgenössische Wehranleihe abgelehnt hätten und auch noch im Dezember 1936 die ordentlichen Wehrkredite verweigert hätten. Mit ihrer fettgedruckten Behauptung, die Kommunisten hätten die Notwendigkeit der Verteidigung der Unabhängigkeit der Schweiz immer (!) bejaht, verleugneten sie selber ihre leninistische Position und Vergangenheit der Jahre 1921 bis 1936!

Nun wurde sehr vorsichtig der von der Komintern geforderte Wandel zur Vernei-

nung der Landesverteidigung wie folgt eingeläutet: «Alle sind wir einig, dass die Schweiz nicht Kriegsschauplatz werden darf. Wir haben keine Eroberungsabsichten, wollen aber auch nicht erobert werden. Die Schweiz darf auch nicht Durchmarschgebiet werden, und zwar für niemanden. Wir wollen nicht, dass in diesem Krieg zwischen kapitalistischen Mächten um ihre Vor- und Weltherrschaft auch nur ein Tropfen Schweizerblut vergossen werde. Nie darf das Leben unserer Soldaten, das Leben unserer Frauen und Kinder für fremde Interessen aufs Spiel gesetzt werden.»

Nachdem auf diese Weise dem Leninismus die Grundsatztreue beschworen worden war, folgte inkonsequenterweise folgende verbale, opportunistische Konzession an die soeben verworfene Landesverteidigung: «Erst wenn unser Land selbst, seine Unabhängigkeit und Freiheit angegriffen werden, sind wir bereit, unter Einsatz des Ganzen den Kampf aufzunehmen.»

«Krieg zwischen Imperialisten»

Von Mai bis Oktober 1939 war so aus Otto Brunners «Entscheidungskampf zwischen Demokratie und Faschismus» nun ein ganz gewöhnlicher «Krieg zwischen Imperialisten» geworden! Jeder Kommunist wusste sehr genau, was diese Formulierung für seine Stellung zum Krieg bedeutete im Sinne der Lehre des Marxismus-Leninismus, aber gegenüber dem schweizerischen Stimmvolk wollte man aus wahltaktischen Gründen noch nicht offen Farbe bekennen! Man tat noch vernebelnd so, als ob es für die Kommunistische Partei der Schweiz in ihrer Stellungnahme zur Landesverteidigung noch einen «Sonderfall Schweiz» gäbe. Aber all diesen ideologischen Trapezkünsten zum Trotz verlor die KPS ihre beiden Sitze im Nationalrat; ihre «Weder-Fisch-noch-Vogel»-Politik hatte sich nicht ausbezahlt!

Fortsetzung folgt